



NATIONALRATSABGEORDNETER

**HERMANN GAHR**



Weiental 37 | 6123 Terfens

0664 / 454 08 30

hermann.gahr@parlament.gv.at | www.gahr.at

**GREIFBAR | ERREICHBAR | EINSETZBAR**

---

## Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 50 | 6. Juli 2012

---

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

**Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), dem der Nationalrat zugestimmt hat, ist ein Werk der Vernunft. Er soll dazu beitragen, die gemeinsame Euro-Währung zu sichern. Der Fiskalpakt soll europaweit Schuldenabbau und eine bessere Kontrolle der Staatshaushalte garantieren.**

Bei Zahlungsschwierigkeiten werden einzelnen Ländern aus dem ESM vorübergehend Finanzierungen bereitgestellt. Der ESM wird über ein Stammkapital von 700 Milliarden Euro verfügen, das aus 80 Milliarden Euro Bareinzahlungen und 620 Milliarden Euro Haftungen besteht. Österreich wird 2,23 Milliarden Euro einzahlen und mit 17,25 Milliarden Euro haften, was einem Anteil von 2,78 Prozent am ESM entspricht.

Besonders wichtig bei der Einrichtung des ESM ist die nationale Mitentscheidung. Österreich hat hier die stärksten Mitwirkungsrechte im Vergleich zu anderen europäischen Parlamenten. Die österreichischen Vertreter im ESM sind bei wichtigen Entscheidungen an den Beschluss des Parlaments gebunden. Das betrifft zum Beispiel die Grundsatzentscheidung, ob einem Staat Unterstützung gegeben wird, die Vereinbarung über diese Unterstützung, Änderungen des Stammkapitals oder jede Änderung der vorgesehenen Finanzhilfeeinstrumente.

Verstöße gegen die Schuldenbremse, die von den Staaten in nationales Recht umgesetzt werden muss, können in letzter Konsequenz zu Geldstrafen führen.

### **Stabilitätspakt und Steuerabkommen mit der Schweiz**

Der neue Stabilitätspakt zwischen Bund und Ländern skizziert den Weg zum Budgetdefizitabbau in Österreich. 2016 soll demnach ein gesamtstaatliches Nulldefizit erreicht sein.

Das Steuerabkommen zwischen Österreich und der Schweiz kann am 1. Jänner 2013 in Kraft treten. Jenes Geld, das am österreichischen Staat vorbei auf Schweizer Banken deponiert ist, wird einer Besteuerung unterworfen und fließt dank des Verhandlungsgeschicks von Maria Fekter direkt an den österreichischen Fiskus zurück. Ein Drittel dieser einen Milliarde Euro geht via Finanzausgleich an Bundesländer und Gemeinden.

### **Transparenzdatenbank**

Eine Bund-Länder-Vereinbarung bildet die Basis für die von der ÖVP geforderten Transparenzdatenbank. Sie bringt Klarheit über alle öffentlichen Leistungen (Sozial- und Familienleistungen, Förderungen ...), die der einzelne Bürger bekommt. Ziel ist es, Mehrgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verringern und Missbrauch von Sozialleistungen zu vermeiden. Bis Ende 2012 wird der Bund seine Leistungsangebote

kategorisiert haben, die Länder ergänzen die Datenbank bis Mitte 2013. Die angeführten Daten werden nur für den jeweiligen Bürger selbst und die Behörde zugänglich sein.

### **Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl**

Die Errichtung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde beschlossen, womit aus bisher 194 mit Fremdenangelegenheiten befassten Behörden eine wird. Anfang 2014 soll das Amt seine Arbeit aufnehmen. Mit der Errichtung des Bundesamtes werden die Kompetenzen und Ressourcen gebündelt, Doppelgleisigkeiten abgebaut und damit auch Verwaltungsvereinfachungen vorgenommen. In Zukunft soll dies zu schnelleren Verfahren und damit rascherer Rechtssicherheit für die Betroffenen führen. Die Qualität der Maßnahmen wird erhöht, bestens geschulte Beamte werden in diesem sensiblen Bereich mit der nötigen Fachkompetenz und Erfahrung tätig sein.

### **Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die Neuerungen im UVP-Gesetz erleichtern die Vorbereitung von Wasser- und Windkraftanlagen sowie Infrastrukturprojekten und beschleunigen das behördliche Genehmigungsverfahren. Es wurde zudem die Möglichkeit eines Überprüfungsantrags beziehungsweise einer Beschwerde für anerkannte Umweltorganisationen bei negativen UVP-Feststellungsentscheidungen geschaffen.

### **Gewerbeordnung**

Das Berufsfotografengewerbe kann in Zukunft als freies Gewerbe angetreten werden. Grundsätzlich bleibt aber die Fotografie ein reglementiertes Gewerbe mit Möglichkeit zur Meisterprüfung und zur Ausbildung von Lehrlingen.

Für Zimmermeister wird in Zukunft die Berufsbezeichnung "Holzbaumeister" geschaffen, die Berufsbezeichnung "Blumenbinder" wird durch "Florist" ersetzt.

Bestandteil der Novelle ist auch eine strengere Regelung für Werbeveranstaltungen im Ausland. Zukünftig müssen solche Produktpräsentationen auch dann sechs Wochen vor dem Termin gemeldet werden, wenn sie im Inland angekündigt, aber im Ausland durchgeführt werden. Damit wird die Nachvollziehbarkeit bei Reklamationen erleichtert.

### **Verschiebung der Zentralmatura**

Die Einführung der Zentralmatura wird um ein Jahr nach hinten verschoben. Demnach wird die neu gestaltete Reifeprüfung an den AHS erstmals im Schuljahr 2014/2015 und in den BHS ein Jahr darauf zum Einsatz kommen. Kern der sogenannten standardisierten Reifeprüfung - die am selben Tag in ganz Österreich stattfindet - bildet die schriftliche Matura mit identen, zentral vorgegebenen Aufgabenstellungen. Dazu kommen noch eine vorwissenschaftliche Arbeit sowie eine mündliche Prüfung.

### **Schönheitsoperationen**

Schönheitsoperationen für Jugendliche unter 16 Jahren werden - sofern nicht medizinisch notwendig - verboten. Bis zum 18. Lebensjahr ist die Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Außerdem ist nun gesetzlich klargestellt, dass Schönheitsoperationen nur noch von speziell ausgebildeten Ärzten durchgeführt werden dürfen.

## Kroatien in der EU

Das Parlament hat dem Beitritt Kroatiens zur EU zugestimmt. Die ehemalige jugoslawische Teilrepublik wird im Juli 2013 das 28. Mitglied der Europäischen Union. Nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsverhandlungen hatten sich im Jänner rund zwei Drittel der Kroaten in einem Referendum für einen Beitritt ausgesprochen.

Gahr: Fiskalpakt und ESM sind notwendiges Schutzpaket für mehr Stabilität, und Kontrolle  
ÖVP-Rechnungshofsprecher: Parlament fixiert Paket für klare Spielregeln in Europa

„Die insgesamt herausfordernde Situation bedingt, Europa mit den notwendigen Instrumenten zur Krisenbewältigung auszustatten. ESM und Fiskalpakt sind die richtigen Instrumente, um einerseits die wirtschaftliche Stabilität im Gemeinschaftsgebiet zu garantieren und andererseits Kontrollinstrumente für die Budgetdisziplin der Mitgliedsstaaten einzuführen“, sagte ÖVP-Rechnungshofsprecher Hermann Gahr anlässlich der heute, Mittwoch, stattfindenden Debatte im Nationalrat. Die Vergangenheit hätte gezeigt, dass unsanktioniertes nationales Schuldenmachen nicht nur einen Staat, sondern die gesamte Währungsunion vor enorme Herausforderungen stelle. „Die heute dem Nationalrat vorliegenden Mechanismen stellen eine Stärkung der Euro-Zone dar, die weiterhin wirtschaftliche Prosperität und Stabilität garantieren“, sprach Gahr ein klares Bekenntnis zum Euro aus.

Der Fiskalpakt schreibe Maßnahmen vor, um gemeinsame Budgetziele festzuschreiben und deren Einhaltung aufgrund der Möglichkeit zur Erhebung von Sanktionen zu garantieren. Aus diesem Grund brauche Europa mehr Kompetenzen, denn nur diese würden Stabilität und Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaftszone garantieren. „Es entspricht dem politischen Horizont von FPÖ und BZÖ, sich in einer schwierigen Zeit in billigem Populismus zu üben und mit unseriösen Methoden die Menschen zu verunsichern. Es ist einfach wirtschaftspolitischer Unfug, den Abschied von Europa und der Gemeinschaftswährung herbeizurufen. Die Lage ist zu ernst und die Herausforderungen zu groß, um Europa für billige innenpolitische Spiele zu missbrauchen“, so Gahr abschließend in Richtung FPÖ und BZÖ.

Die Tagungszeit im Parlament ist vorerst beendet, die politische Arbeit im Wahlkreis wird selbstverständlich weitergehen. Auf diesem Weg möchte ich Euch allen eine schöne Sommerzeit und einen erholsamen Urlaub wünschen. Ich freue mich auf ein mögliches Zusammentreffen mit Dir/Euch bei der einen oder anderen Veranstaltung im Sommer!

